

Begründung:

Nach der Beschlussfassung über den Grundsatz- und Planungsbeschluss zur Standortentwicklung des Verwaltungssitzes am 20. Mai 2010 traf sich die daraufhin gebildete Arbeitsgruppe zwischen Juni und August 2010 insgesamt drei Mal zur Abstimmung und Beratung. Wesentliches Ergebnis war die grundlegende Einigung über die Anzahl der Arbeitskräfte/Arbeitsplätze, die Quadratmeteransätze je Arbeitsplatz bzw. die Arbeitsplatzäquivalente als zentrale Planungsgrößen sowie über den möglichen Bedarf an Keller- und Nebenflächen für Archiv/Druckerei/Fundbüro u.ä., zugeordnet zu den jeweiligen Zeithorizonten von 2014 sowie 2025.

Zu einer weitergehenden Vorbereitung mit baulich-räumlichen oder konkreten funktionellen Zuordnungen kam es im Folgenden dann nicht mehr. Eine neue Option für einen zentralen städtischen Verwaltungssitz bildete das Gebäude der Mifa an der Dr.-Theodor-Neubauer-Straße durch die sich abzeichnenden Auswirkungen der laufenden Polizeireform des Landes. Die von der Landesseite in den Jahren 2007 bis 2010 vorbereiteten eigentumsrechtlichen und baulichen Maßnahmen, für eine Sanierung dieses Objektes als neue Polizeiwache in Schwedt/Oder, gerieten ins Stocken und wurden dann auch nach der Entscheidung über die Polizeireform nicht weitergeführt.

Vielmehr sieht sich jetzt die Stadt in der Verantwortung, die städtebaulich-denkmalpflegerischen Aufgaben zum Erhalt und zur dauerhaften Nutzung des Mifa-Gebäudes, die Standort- und Strukturentscheidungen für einen zentralen städtischen Verwaltungssitz sowie auch die Standortsicherung einer neuen Polizeiwache im Zentrum der Stadt selbst in die Hand zu nehmen und diese drei Problemstellungen gemeinsam und ebenso zeitnah zu lösen.

Folgender Ansatz liegt dieser Zielformulierung zu Grunde:

- Das Land Brandenburg hat sich als Bauherr von dem Vorhaben "Umbau/Sanierung der Mifa zur neuen Polizeiwache in Schwedt" definitiv zurückgezogen.
- Die Stadt hält an den Beschluss zur Zentralisierung der Verwaltung am Standort Dr.-Theodor-Neubauer-Straße fest.
- Der städtebauliche Missstand "Mifa-Gebäude und Umfeld" soll in absehbarer Zeit behoben werden.
- Der Erhalt einer Polizeiwache im stadtzentralen Bereich ist im kommunalen wie auch im landesseitigen Interesse. Vorrangiges Ziel ist die Einmietung der Polizeiwache in ein saniertes Mifa-Gebäude bei der Stadt Schwedt/Oder.
- Die Stadt erwirbt als erste Schlüsselmaßnahme das Grundstück der Mifa vom Land und sichert sich so die erforderliche eigene Handlungsfreiheit.
- Die Wohnbauten GmbH fungiert analog zum Bauvorhaben Umbau Grundschule Am Stadtpark als Generalbesorger für die Stadt (Inhouse-Vertrag) und übernimmt die Vorbereitung, Planung und Umsetzung der im Beschlussentwurf formulierten Zielstellung.
- Als erster planerischer Schritt sind zeitnah belastbare Abstimmungen zum Raumbedarf bzw. zu den speziellen Raumanforderungen der Polizeiwache mit dem Ministerium des Innern und dem Ministerium der Finanzen zu führen.
- Die räumliche und funktionelle Einordnung in das Gebäude (und eventuell auf dem Grundstück) der Mifa ist zu überprüfen. Wesentlich wird die Klärung von wirtschaftlich tragbaren Lösungen sein, die dann die Grundlage für verbindliche Abstimmungen zu den konkreten Mietkonditionen sein werden.

- Festlegungen der freien Raumkapazitäten in dem Mifa-Gebäude als Nutzungsmöglichkeit für die eigene kommunale Verwaltung.
- Klärung des weiteren räumlichen Bedarfs der kommunalen Verwaltung und Überprüfung der Möglichkeit eines direkten Anbaus zum Innenhof des Rathauses, Haus 2. (spiegelbildlich zum Gebäudeteil parallel zur Dr.-Theodor-Neubauer-Straße) als Basisvariante.
- Die Arbeitsgruppe Rathaus/Polizeiwache wird wieder aktiv, die Wohnbauten GmbH wird als Geschäftsbesorger für die Stadt Schwedt/Oder mit integriert.
- Es ist an einer zügigen Umsetzung zu arbeiten. Im Sinne der Entwicklung des Bahnhofsquartiers ist der Abriss der jetzigen Polizeiwache vorzubereiten, dafür sind Möglichkeiten einer Förderung zu akquirieren.
- Die Erarbeitung von notwendigen Beschlüssen für die Umsetzung der Zielstellung wird in Abstimmung mit der Arbeitsgruppe durch den Bürgermeister vorbereitet.